

Aktenzeichen:	II-1212
Geschäftsbereich:	II
Organisationszeichen:	X916
Gültigkeit:	ab dem 23.01.2020

## **Arbeitsanleitung Nr. 028**

### **Förderung der beruflichen Weiterbildung**

#### **§ 81 SGB III - Grundsatz**

**(1) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können bei beruflicher Weiterbildung durch Übernahme der Weiterbildungskosten gefördert werden, wenn**

- 1. die Weiterbildung notwendig ist, um sie bei Arbeitslosigkeit beruflich einzugliedern, eine ihnen drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden oder weil bei ihnen wegen fehlenden Berufsabschlusses die Notwendigkeit der Weiterbildung anerkannt ist,**
- 2. die Agentur für Arbeit sie vor Beginn der Teilnahme beraten hat und**
- 3. die Maßnahme und der Träger der Maßnahme für die Förderung zugelassen sind.**

**Als Weiterbildung gilt die Zeit vom ersten Tag bis zum letzten Tag der Maßnahme mit Unterrichtsveranstaltungen, es sei denn, die Maßnahme ist vorzeitig beendet worden.**

**(1a) Anerkannt wird die Notwendigkeit der Weiterbildung bei arbeitslosen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch, wenn durch den Erwerb erweiterter beruflicher Kompetenzen die individuelle Beschäftigungsfähigkeit verbessert wird und sie nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig ist.**

**(2) Anerkannt wird die Notwendigkeit der Weiterbildung bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wegen fehlenden Berufsabschlusses, wenn sie**

- 1. über einen Berufsabschluss verfügen, jedoch auf Grund einer mehr als vier Jahre ausgeübten Beschäftigung in an- oder ungelernter Tätigkeit eine dem Berufsabschluss entsprechende Beschäftigung voraussichtlich nicht mehr ausüben können, oder**
- 2. nicht über einen Berufsabschluss verfügen, für den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist; Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne einen solchen Berufsabschluss, die noch nicht drei Jahre beruflich tätig gewesen sind, können nur gefördert werden, wenn eine Berufsausbildung oder eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme aus in ihrer Person liegenden Gründen nicht möglich oder nicht zumutbar ist oder die Weiterbildung in einem Engpassberuf angestrebt wird.**

**Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Kindererziehung und der Pflege einer pflegebedürftigen Person mit mindestens Pflegegrad 2 stehen Zeiten einer Beschäftigung nach Satz 1 Nummer 1 gleich.**

**(3) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden durch Übernahme der Weiterbildungskosten zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses oder eines gleichwertigen Schulabschlusses gefördert, wenn**

- 1. sie die Voraussetzungen für die Förderung der beruflichen Weiterbildung nach Absatz 1 erfüllen und**
- 2. zu erwarten ist, dass sie an der Maßnahme erfolgreich teilnehmen werden.**

**Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 zweiter Halbsatz gilt entsprechend. Die Leistung wird nur erbracht, soweit sie nicht für den gleichen Zweck durch Dritte erbracht wird. Die Agentur für Arbeit hat darauf hinzuwirken, dass sich die für die allgemeine Schulbildung zuständigen Länder an den Kosten der Maßnahme beteiligen. Leistungen Dritter zur Aufstockung der Leistung bleiben anrechnungsfrei.**

**(3a) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können zum Erwerb von Grundkompetenzen durch Übernahme der Weiterbildungskosten gefördert werden, wenn**

- 1. die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen für die Förderung der beruflichen Weiterbildung erfüllt sind,**
- 2. die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht über ausreichende Grundkompetenzen verfügen, um erfolgreich an einer beruflichen Weiterbildung teilzunehmen, die zu einem Abschluss in einem Ausbildungsberuf führt, für den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist, und**
- 3. nach einer Teilnahme an der Maßnahme zum Erwerb von Grundkompetenzen der erfolgreiche Abschluss einer beruflichen Weiterbildung nach Nummer 2 erwartet werden kann.**

**(4) Der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer wird das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Förderung bescheinigt (Bildungsgutschein). Der Bildungsgutschein kann zeitlich befristet sowie regional und auf bestimmte Bildungsziele beschränkt werden. Der von der Arbeitnehmerin oder vom Arbeitnehmer ausgewählte Träger hat der Agentur für Arbeit den Bildungsgutschein vor Beginn der Maßnahme vorzulegen. Die Agentur für Arbeit kann auf die Ausstellung eines Bildungsgutscheins bei beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verzichten, wenn der Arbeitgeber und die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer damit einverstanden sind.**

**§ 82 Förderung beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

**(1) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können abweichend von § 81 bei beruflicher Weiterbildung im Rahmen eines bestehenden Arbeitsverhältnisses durch volle oder teilweise Übernahme der Weiterbildungskosten gefördert werden, wenn**

- 1. Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden, die über ausschließlich arbeitsplatzbezogene kurzfristige Anpassungsfortbildungen hinausgehen,**
- 2. der Erwerb des Berufsabschlusses, für den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist, in der Regel mindestens vier Jahre zurückliegt,**
- 3. die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer in den letzten vier Jahren vor Antragsstellung nicht an einer nach dieser Vorschrift geförderten beruflichen Weiterbildung teilgenommen hat,**
- 4. die Maßnahme außerhalb des Betriebes oder von einem zugelassenen Träger im Betrieb, dem sie angehören, durchgeführt wird und mehr als 160 Stunden dauert und**
- 5. die Maßnahme und der Träger der Maßnahme für die Förderung zugelassen sind.**

Die Förderung soll darauf gerichtet sein, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die berufliche Tätigkeiten ausüben, die durch Technologien ersetzt werden können oder in sonstiger Weise vom Strukturwandel betroffen sind, eine Anpassung und Fortentwicklung ihrer beruflichen Kompetenzen zu ermöglichen, um den genannten Herausforderungen besser begegnen zu können. Gleiches gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die eine Weiterbildung in einem Engpassberuf anstreben. Die Sätze 2 und 3 gelten nicht, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einem Betrieb mit weniger als 250 Beschäftigten angehören und soweit sie nach dem 31. Dezember 2020 mit der Teilnahme beginnen, das 45. Lebensjahr vollendet haben oder schwerbehindert im Sinne des § 2 Absatz 2 des Neunten Buches sind. Ausgeschlossen von der Förderung ist die Teilnahme an Maßnahmen, zu deren Durchführung der Arbeitgeber auf Grund bundes- oder landesrechtlicher Regelungen verpflichtet ist.

**(2) Nach Absatz 1 soll nur gefördert werden, wenn sich der Arbeitgeber in angemessenem Umfang an den Lehrgangskosten beteiligt. Angemessen ist die Beteiligung, wenn der Betrieb, dem die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer angehört,**

- 1. mindestens zehn und weniger als 250 Beschäftigte hat und der Arbeitgeber mindestens 50 Prozent,**
- 2. 250 Beschäftigte und weniger als 2 500 Beschäftigte hat und der Arbeitgeber mindestens 75 Prozent,**
- 3. 2 500 Beschäftigte oder mehr hat und der Arbeitgeber mindestens 85 Prozent, bei Vorliegen einer Betriebsvereinbarung über die berufliche Weiterbildung oder eines Tarifvertrages, der betriebsbezogen berufliche Weiterbildung vorsieht, mindestens 80 Prozent der Lehrgangskosten trägt.**

Abweichend von Satz 1 soll in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten von einer Kostenbeteiligung des Arbeitgebers abgesehen werden. Bei Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten kann von einer Kostenbeteiligung des Arbeitgebers abgesehen werden, wenn die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer

1. bei Beginn der Teilnahme das 45. Lebensjahr vollendet hat oder
2. schwerbehindert im Sinne des § 2 Absatz 2 des Neunten Buches ist.

(3) Für die berufliche Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern können Arbeitgeber durch Zuschüsse zum Arbeitsentgelt gefördert werden, soweit die Weiterbildung im Rahmen eines bestehenden Arbeitsverhältnisses durchgeführt wird. Die Zuschüsse können für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen die Voraussetzungen für eine Weiterbildungsförderung wegen eines fehlenden Berufsabschlusses nach § 81 Absatz 2 erfüllt sind, bis zur Höhe des Betrags erbracht werden, der sich als anteiliges Arbeitsentgelt für weiterbildungsbedingte Zeiten ohne Arbeitsleistung errechnet. Dieses umfasst auch den darauf entfallenden pauschalen Arbeitgeberanteil am Gesamtsozialversicherungsbeitrag. Im Übrigen können bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1 Zuschüsse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben mit

1. weniger als zehn Beschäftigten in Höhe von bis zu 75 Prozent,
2. mindestens zehn und weniger als 250 Beschäftigten in Höhe von bis zu 50 Prozent,
3. 250 Beschäftigten oder mehr in Höhe von bis zu 25 Prozent

des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts nach den Sätzen 2 und 3 erbracht werden.

(4) § 81 Absatz 4 findet Anwendung. Der Bildungsgutschein kann in Förderhöhe und Förderumfang beschränkt werden. Bei der Feststellung der Zahl der Beschäftigten sind Teilzeitbeschäftigte mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von nicht mehr als zehn Stunden mit 0,25, von nicht mehr als 20 Stunden mit 0,50 und von nicht mehr als 30 Stunden mit 0,75 zu berücksichtigen.

(5) Bei der Ausübung des Ermessens hat die Agentur für Arbeit die unterschiedlichen Betriebsgrößen angemessen zu berücksichtigen.

#### **§ 131a Abs. 3 SGB III – Sonderregelungen zur beruflichen Weiterbildung**

(3) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die an einer nach § 81 SGB III geförderten beruflichen Weiterbildung teilnehmen, die zu einem Abschluss in einem Ausbildungsberuf führt, für den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist, erhalten folgende Prämien, wenn die Maßnahme vor Ablauf des 31. Dezember 2020 beginnt:

1. nach Bestehen einer in diesen Vorschriften geregelten Zwischenprüfung eine Prämie von 1.000 Euro und
2. nach Bestehen der Abschlussprüfung eine Prämie von 1.500 Euro.

## **Zielsetzung**

Die berufliche Weiterbildung ist eine Ermessensleistung der aktiven Arbeitsförderung.

Berufliche Weiterbildung soll berufliche Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten

- erhalten,
- erweitern,
- ergänzen

und

- der technischen Entwicklung anpassen,
- einen beruflichen Abschluss vermitteln,
- einen beruflichen Aufstieg ermöglichen und
- zu einer anderen beruflichen Tätigkeit befähigen.

Speziell für die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) sollen dadurch

- die Hilfebedürftigkeit beseitigt, vermieden, verkürzt oder vermindert werden,
- die Erwerbsfähigkeit erhalten, verbessert oder wiederhergestellt werden und
- ein Anreiz zur Aufnahme und Ausübung einer Erwerbstätigkeit geschaffen und aufrechterhalten werden.

Die Förderung berufsabschlussbezogener Weiterbildung ist ein Schwerpunkt der Arbeitsförderung, dem angesichts wachsender Fachkräftebedarfe steigende Bedeutung zukommt.

## Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines .....	8
2. Fördervoraussetzungen.....	8
2.1 Allgemeine Fördervoraussetzungen.....	8
2.2 Individuelle Fördervoraussetzungen .....	9
2.2.1 Förderung nach § 81 SGB III .....	9
2.2.2 Eignung.....	11
2.2.3 Förderung nach § 82 SGB III .....	13
3. Ermessen.....	16
4. Qualifizierungsformen/ -maßnahmen .....	16
4.1 Allgemeines .....	16
4.2 Gruppen-Umschulung .....	17
4.3 Bedarfsreaktive Maßnahmen .....	17
4.4 Externenprüfung .....	17
4.5 Berufsanschlussfähige Teilqualifikationen .....	17
4.6 FbW im Einzelfall.....	18
4.7 Betriebliche Einzelumschulung .....	18
4.8 Weiterbildungsbonus 2020 .....	19
4.9 Bildungsprämie .....	19
4.10 Sozialpädagogische Begleitung .....	20
4.11 Umschulungsbegleitende Hilfen (ubH).....	20
4.12 Erster allgemeinbildender Schulabschluss.....	20
5. Weiterbildungskosten .....	20
5.1 Lehrgangskosten .....	20
5.2 Übernahme der Lehrgangskosten (§ 82 Abs. 2 SGB III) .....	20
5.3 Kosten für die Eignungsfeststellung .....	21
5.4 Fahrkosten für Pendelfahrten .....	21
5.5 Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung .....	22
5.6 Kinderbetreuungskosten.....	22
6. Prämie für Zwischen- und Abschlussprüfungen.....	23
7. Verfahren .....	24
7.1 Antragstellung.....	24

7.2 Ausgabe eines BGS .....	24
7.3 Einlösung des BGS .....	25
7.4 Dokumentation .....	25
8. Teilnahme- und Absolventenmanagement.....	26
8.1 Grundsatz .....	26
8.2 Nichtantritt oder Abbruch einer FbW .....	26
8.3 „Verlängerung“ bzw. Wiederholung einer FbW .....	28
9. Zusammenarbeit mit dem ILC .....	29
9.1 Bewilligungen .....	29
9.2 Ablehnungen .....	29

Wird in der Arbeitsanleitung die Bezeichnung „§§ 81ff SGB III“ verwendet, so handelt es sich hierbei um § 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81ff SGB III. Paragraphen ohne Bezeichnung des Gesetzes sind solche des SGB II.

## **1. Allgemeines**

Gemäß § 3 Abs. 2 sollen bei der Beantragung von Leistungen nach dem SGB II unverzüglich Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erbracht werden. Die Ausgabe eines Bildungsgutscheins (BGS) ist damit bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen möglich. Stellt sich in diesen Fällen im Nachhinein heraus, dass kein Leistungsanspruch nach dem SGB II besteht, erfolgt die Förderung der beruflichen Weiterbildung bis zum Ende der tatsächlichen Teilnahme.

**Unverzügliches  
Maßnahmeangebot**

Bei der Entscheidung über diesen Maßnahmeinsatz ist abzuwägen, ob das Interesse am Erwerb eines Berufsabschlusses für eine nachhaltige Integration und das künftige Vermeiden von Arbeitslosigkeit ggü. einer unmittelbaren Erwerbstätigkeit (im Helfer\*innenbereich) überwiegt.

**Vorrang Berufsabschluss**

Für eine nachhaltige Integration ist es zielführend, wenn bei einer Förderung wegen fehlenden Berufsabschlusses ein (allgemein) anerkannter Berufsabschluss erworben wird. In Zweifelsfällen kann die Anerkennung aus dem Berufsbildungsgesetz (BBiG), der Handwerksordnung (HwO) oder aus bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften abgeleitet werden.

Es gilt zu beachten, dass die Vermittlung in eine (geförderte) Erstausbildung (mit Berufsabschluss) vorrangig vor einer FbW ist. Soweit eine Berufsausbildung aufgrund fehlender Ausbildungsreife nicht in Frage kommt, schließt dies auch die Förderung einer abschlussbezogenen Weiterbildung (Umschulung) aus.

**Vorrang  
Erstausbildung**

Zur Unterstützung der Vermittlung in eine Berufsausbildung kann die Berufsberatung (BB) im Rahmen der Initiative „Zukunftsstarter“ auch für ELB von 25 - 34 Jahren eingeschaltet werden.

**Einschaltung der  
BB**

Bei Erklärungen durch Arbeitgeber\*innen ist zunächst zu prüfen, ob es sich um eine Einstellungszusage oder lediglich eine Absichtserklärung handelt. Hinweise hierfür kann ein konkret benannter Arbeitsplatz, ggf. auch ein Vorvertrag, sein. Schreiben, die im Konjunktiv formuliert sind, sind in der Regel eher als Absichtserklärung zu verstehen (vgl. „Herr/Frau X wird nach der Teilnahme als Z eingestellt“ und „Herr/Frau X könnte eingestellt werden“). Zudem handelt es sich bei Einstellungszusagen in der Regel nicht um eine rechtsverbindliche Zusage.

**Einstellungszusage  
kein Bewilligungsgrund**

Grundsätzlich ist die Einstellungszusage kein Bewilligungsgrund. Neben den Fördervoraussetzungen ist die Eignung der/des ELB immer zu prüfen, um die erfolgreiche Teilnahme sicherzustellen.

## **2. Fördervoraussetzungen**

### **2.1 Allgemeine Fördervoraussetzungen**

Eine Voraussetzung für eine Förderung ist die Hilfebedürftigkeit nach §§ 7 ff. Somit ist die Förderung auch für ELB möglich, die beschäftigt sind (Ergänzer\*innen).

**Förderfähiger  
Personenkreis**



Beschäftigte ELB können nach § 81 SGB III bzw. im Einvernehmen mit Arbeitgeber\*innen nach § 82 SGB III gefördert werden. **Beschäftigte**

Gem. § 5 Abs. 4 werden Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach dem Ersten Abschnitt des Dritten Kapitels SGB III nicht an oder für ELB erbracht, die einen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Teilarbeitslosengeld haben. **Aufstocker\*innen**

ELB, bei denen die Geltungsdauer eines befristeten Aufenthaltstitels während der Teilnahme an einer FbW endet, können gefördert werden, wenn in der Regel mit einer Verlängerung des Aufenthaltstitels zu rechnen ist. Dies ist beispielsweise bei subsidiär Schutzberechtigten der Fall, da diese in der Regel eine langfristige bis dauerhafte Bleibeperspektive haben. Auch wenn der Aufenthaltstitel von Gesetzes wegen auf ein Jahr befristet ausgestellt wird, verbleibt es regelmäßig bei der unbefristeten Gewährung des subsidiären Schutzes, so dass eine Verlängerung des Aufenthaltstitels zu erwarten ist. **Befristeter Aufenthaltstitel**

Bei der Ausgabe und Einlösung des BGS kann die gesamte Maßnahmedauer berücksichtigt werden.

## **2.2 Individuelle Fördervoraussetzungen**

### **2.2.1 Förderung nach § 81 SGB III**

Eine Förderung kommt in Betracht, wenn die für die individuelle Förderung maßgeblichen Fördervoraussetzungen erfüllt sind. Kumulativ müssen am ersten Teilnahmetag erfüllt sein: **Fördervoraussetzungen**

- Notwendigkeit der Weiterbildung,
- Beratung durch die Agentur und
- Zulassung der Maßnahme und der/des Träger\*in.

Die Weiterbildung für ELB ist notwendig, **Notwendigkeit**

- wenn sie bei Arbeitslosigkeit beruflich eingegliedert werden oder
- wenn eine ihnen drohende Arbeitslosigkeit damit abzuwenden ist oder
- bei Vorliegen eines fehlenden Berufsabschlusses oder
- wenn bei Arbeitslosen durch den Erwerb erweiterter beruflicher Kompetenzen (Erweiterungsqualifizierungen), unter Berücksichtigung der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes, die individuelle Beschäftigungsfähigkeit verbessert wird.

Arbeitslos ist die/der ELB, wenn keine Beschäftigung von mindestens 15 Stunden in der Woche ausgeübt wird. Die/der ELB ist damit beschäftigungslos. Übt die/der ELB eine oder mehrere Beschäftigung/en aus, schließt dies die Arbeitslosigkeit aus, wenn sie zusammengerechnet über dieser zeitlichen Grenze liegen. **Arbeitslosigkeit**

Der Begriff „Abwendung einer drohenden Arbeitslosigkeit“ bezieht sich auf § 17 SGB III.

Von Arbeitslosigkeit bedroht kann nur ein/e Arbeitnehmer\*in sein, die/der versicherungspflichtig beschäftigt ist. ELB können von Arbeitslosigkeit bedroht sein, wenn **Drohende Arbeitslosigkeit**

das Beschäftigungsende innerhalb der folgenden zwölf Monate bevorsteht. Die Feststellung der drohenden Arbeitslosigkeit erfordert von der IFK eine Prognoseentscheidung. Es handelt sich stets um eine Einzelfallentscheidung, bei der die IFK ihr Ermessen auszuüben hat.

Maßgebend ist, wie sich die Situation im konkreten Einzelfall darstellt und ob bestimmte Tatsachen die alsbaldige Beendigung der Beschäftigung erkennen lassen.

Folgende Gründen können zum Beispiel die alsbaldige Beendigung der Beschäftigung erkennen lassen:

- ein Aufhebungsvertrag wurde bereits geschlossen,
- die/der ELB wurde von der Beschäftigung freigestellt,
- die/der ELB erhält keine Vergütung mehr,
- eine Kündigung wurde ausgesprochen,
- Arbeitgeber\*in und Betriebsrat Verhandlungen über einen Sozialplan aufgenommen haben oder
- eine Betriebsstilllegung konkret absehbar ist.

Der anschließende Eintritt der Arbeitslosigkeit nach dem Beschäftigungsende muss hinreichend wahrscheinlich sein. In diese Prognoseentscheidung sind von der IFK neben der aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt auch die individuellen Chancen der/des ELB auf einen Anschlussarbeitsplatz einzubeziehen.

Nicht von Arbeitslosigkeit bedroht ist, wer einen Arbeitsplatz ungekündigt innehat, auch wenn der Beruf in einigen Jahren auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt werden wird. Auch die Befristung eines Arbeitsvertrages rechtfertigt für sich allein genommen noch nicht die Annahme von drohender Arbeitslosigkeit. Es bedarf vielmehr konkreter Anhaltspunkte dafür, dass das befristete Arbeitsverhältnis nicht verlängert wird.

Als Ungelernte gelten ELB, die über keinen Ausbildungsabschluss oder einen Ausbildungsabschluss mit einer Ausbildungsdauer nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften von unter zwei Jahren verfügen. Maßgeblich ist dabei nicht die tatsächliche Zeit der Ausbildung (z.B. bei verkürzten Ausbildungszeiten), sondern die formell vorgeschriebene Ausbildungsdauer.

**Ungelernte**

Als „wieder Ungelernte“ gelten ELB, die ihren erlernten Beruf länger als vier Jahre

**„Wieder Ungelernte“**

- nicht ausgeübt haben oder
- einer an- oder ungelernten Tätigkeit nachgegangen sind und

ihren ursprünglich erlernten Beruf voraussichtlich aus fachlichen Gründen nicht mehr ausüben können.

Unter einer an- oder ungelernten Tätigkeit versteht man eine Beschäftigung unterhalb des Fachkräfteniveaus. Wer Tätigkeiten ausübt, für die üblicherweise ein Berufsabschluss notwendig ist, der mindestens der Fachkräfteebene entspricht, gilt nach vier Jahren nicht als gering qualifiziert.

Einer Beschäftigung in an- oder ungelernten Tätigkeiten gleichgestellte Zeiten sind Zeiten der Arbeitslosigkeit nach § 16 SGB III, der Kindererziehung sowie der Pflege einer/eines Angehörigen mit Pflegegrad 2 oder höher.

Ebenso gehören zu diesem Personenkreis ELB mit einem im Ausland erworbenen Berufsabschluss, der weder in Deutschland anerkannt noch formal gleichgestellt oder auf dem hiesigen Arbeitsmarkt verwertbar ist.

Eine FbW für ELB ohne Berufsabschluss und ohne dreijährige berufliche Tätigkeit (z.B. Zeiten einer nicht abgeschlossenen Berufsausbildung, des Wehr- oder Zivildienstes) kommt nur in Betracht, wenn

**Ohne Berufsabschluss  
und Berufserfahrung**

- die Weiterbildung in einem Engpassberuf angestrebt wird oder
- aus den in der Person liegenden Gründen keine berufsvorbereitende Maßnahme oder Berufsausbildung möglich ist.

Als Engpassberufe gelten nur die Berufe, die in der Liste der Engpassberufe der Statistik der Bundesagentur für Arbeit aufgeführt sind. Die Übersicht wird halbjährlich aktualisiert. Die Engpassanalyse erfolgt unter dem Fokus bundesweiter Engpässe, ergänzt um eine regionale Betrachtung auf Ebene der Bundesländer. Die Liste der Engpassberufe ist im Intranet von Jobcenter team.arbeit.hamburg unter „Vermittlung > Instrumente > FbW“ zu finden.

**Engpassberufe**

In der Person liegende Gründe liegen vor, wenn

- die/der ELB nach den individuellen Erfahrungen mit dem Ausbildungsmarkt zu alt für eine Erstausbildung auf dem allgemeinen Ausbildungsmarkt ist,
- der/dem ELB die Reife für einen Berufsabschluss fehlt oder
- die persönliche/familiäre Situation eine längerfristige Ausbildung auf entsprechendem Niveau nicht zulässt.

Liegt ein Berufsabschluss vor, braucht die dreijährige berufliche Tätigkeit von ELB nicht nachgewiesen zu werden.

Erweiterungsqualifizierungen sollen den ELB ermöglichen, sich qualifikatorisch besser und flexibler für den Arbeitsmarkt aufzustellen und ggf. auch das Berufsfeld zu wechseln. Ein vorhandener Berufsabschluss ist nicht zwingend erforderlich. Mit dieser neuen Regelung können nicht nur zwingende qualifikatorische Anpassungen gefördert werden, sondern darüber hinaus zusätzliche oder ergänzende berufliche Qualifikationen.

**Erweiterungsqualifizierung**

Die Qualifizierung muss an den Bedarfen des Arbeitsmarktes ausgerichtet sein und die individuellen Eingliederungs- und Beschäftigungschancen der ELB verbessern.

### **2.2.2 Eignung**

Die Feststellung der Notwendigkeit der beruflichen Weiterbildung reicht für eine Förderung alleine nicht aus.

Es müssen Qualifikationsdefizite vorliegen, die durch die Teilnahme an der Weiterbildung abgebaut werden, und die mit Blick auf die zu erwartenden Beschäftigungs-

möglichkeiten zu einer nachhaltigeren beruflichen Integration in den ersten Arbeitsmarkt führen. Beispielsweise können von der IFK im Rahmen des Profilings folgende Punkte individuell geprüft werden:

- Prüfung Anzahl der Stellenangebote über VerBIS und Vergleich mit dem Bewerberangebot,
- Prüfung in einschlägigen berufsbezogenen Jobbörsen oder
- Vorliegen eines Engpassberufes.

Um festzustellen, ob die/der ELB einen tatsächlichen Qualifizierungsbedarf hat, sind die Anforderungen des Arbeitsmarktes mit den Fähigkeiten und Kenntnissen der/des ELB abzugleichen. Der Erfolg einer Maßnahme hängt im Wesentlichen von den Fähigkeiten der/des ELB ab. Zur Abklärung der individuellen Eignung in Bezug auf ein Bildungsziel sind folgende Punkte zu prüfen:

- beruflicher Hintergrund
- intellektuelle Eignung
- deutsche Sprachkenntnisse
  - mindestens Niveau B2
  - B1 für Teilnahmen an einfachen Maßnahmen
- gesundheitliche Eignung
- persönliche Eignung (Möglichkeit und Bereitschaft zur Schichtarbeit, Wochenendarbeit, Umzugsbereitschaft, erforderliche Soft-Skills für den Zielberuf, Flexibilität) und
- Motivation und Durchhaltevermögen.

Möglichkeiten der Feststellung sind zum Beispiel:

- Befragung,
- Lebenslauf,
- Zuverlässigkeit bei Einhaltung von Meldeterminen und Erfüllung von Pflichten gem. Eingliederungsvereinbarung (EinV),
- Durchhaltevermögen bei bisherigen Maßnahmen, Ausbildung, Beschäftigung (Abbrüche, unregelmäßige Teilnahme, Strategie der/des ELB erkennbar?),
- privates Engagement (z.B. Hobbies, ehrenamtliche Tätigkeiten),
- Feststellung durch Fachdienste (Ärztlicher Dienst, Dienstleister für psychologische Begutachtungen, Kompetenzdienstleistungen, Deutschtest) oder
- Teilnahme an vorbereitenden Maßnahmen zur Eignungsfeststellung (z.B. Europäischer Sozialfonds (ESF), Maßnahmen bei einer/einem Träger\*in (MAT), Maßnahmen bei einer/einem Arbeitgeber\*in (MAG)).

ELB, die für die Teilnahme an einer Umschulung vorgesehen sind, bedürfen grundsätzlich einer psychologischen Eignungsfeststellung, um durch Gutachten festzustellen, ob die Umschulung voraussichtlich erfolgreich absolviert werden kann. Ist die Eignung der/des ELB jedoch objektivierbar nachgewiesen (z.B. durch (Hoch-) Schulabschluss, positive Stellungnahme aus einer vorbereitenden Maßnahme), kann von einer psychologischen Eignungsfeststellung durch den Berufspsychologischen Service (BPS) abgesehen werden.

### **Eignungsfeststellung bei Umschulung**

Sollte die Einschaltung des BPS erforderlich sein, ist in der Fragestellung das Wort „Qualifizierungsprognose“ und der Zielberuf, der mit der Maßnahmeteilnahme angestrebt wird, zu benennen. Es empfiehlt sich, den geplanten Maßnahmebeginn anzugeben, damit dieser bei der Priorisierung durch den BPS berücksichtigt werden kann.

Zur Klärung der Eignung für Teilnahme an Umschulungen oder anderer Weiterbildungen kann alternativ zur Einschaltung des BPS auch die Ausgabe eines Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheins für Maßnahmen bei einer/einem Träger\*in (AVGS-MAT) erfolgen. Aus dem Bericht der Eignungsfeststellung sollen die notwendigen Erkenntnisse zur Eignung schlüssig hervorgehen.

Die Kosten der Eignungsfeststellung sind gemäß § 83 SGB III den Weiterbildungskosten zuzurechnen. Sie sind grundsätzlich in die Gesamtkosten der Maßnahme der beruflichen Weiterbildung einzurechnen. Sofern im Vorfeld darüberhinausgehende Eignungsfeststellungen notwendig sind, können die Kosten gegen Nachweis erstattet werden.

**Kosten der  
Eignungsfeststellung**

Hierzu bedarf es keines gesonderten Bildungsgutscheins, auch nicht, wenn die/der potentielle Teilnehmer\*in wegen fehlender Eignung nicht an der Maßnahme teilnehmen kann.

Notwendige Kosten für Eignungsfeststellungen können z.B. sein:

- Sehtests z.B. für Bildschirmarbeit am PC, Führen eines Kraftfahrzeuges oder
- Abklärung berufsrelevanter gesundheitlicher Einschränkungen durch eine ärztliche Begutachtung z.B. Hörentauglichkeit, Allergien. Bei solchen Begutachtungen ist vorab zu prüfen, ob sie durch die Fachdienste der Agentur für Arbeit erfolgen können.

Im Rahmen der Integrationsunterstützung kann eine FbW durch Jobcenter team.arbeit.hamburg nur bewilligt werden, wenn die/der ELB vor Beginn der Teilnahme beraten wurde. Im Beratungsgespräch werden dabei unter anderem auch die maßgeblichen Voraussetzungen, wie z.B. Eignungskriterien, mit der/dem ELB besprochen.

**Beratung durch das  
Jobcenter**

Gemäß § 81 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. §§ 176ff SGB III müssen die Maßnahme und die Träger\*in der Maßnahme für eine Förderung zugelassen sein.

**Zulassung**

### **2.2.3 Förderung nach § 82 SGB III**

Grundsätzlich können alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gefördert werden. Im Hinblick auf die Förderung kann zwischen zwei Gruppen von Beschäftigten unterschieden werden:

**Förderfähiger  
Personenkreis**

- geringqualifizierte Beschäftigte, die an einer Weiterbildung teilnehmen möchten, welche zu einem Berufsabschluss führt oder
- sonstige Beschäftigte.

Die Förderung geringqualifizierter Beschäftigter bei Teilnahme an Weiterbildungen, die direkt oder schrittweise zu einem Berufsabschluss führen, basiert ausschließlich auf der Grundlage des § 81 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 2 SGB III. Die in § 82 SGB III festgelegten zusätzlichen Fördervoraussetzungen gelten hier nicht.

Bei Beschäftigten ist, auch wenn nach § 82 SGB III eine Förderung der beruflichen Weiterbildung unter erleichterten Bedingungen möglich ist, gleichwohl zunächst eine Förderung nach der Grundnorm des § 81 Abs. 1 ggf. i.V.m. Abs. 2 SGB III zu prüfen. Denn soweit dessen strengere Voraussetzungen erfüllt sind, kommt stets eine Übernahme der vollen Lehrgangskosten (100% und unabhängig von der Betriebsgröße) in Betracht, während nach § 82 SGB III die Lehrgangskosten nur teilweise übernommen werden können.

Beschäftigte können gem. § 82 SGB III bei beruflicher Weiterbildung durch volle oder teilweise Übernahme der Weiterbildungskosten gefördert werden, wenn

#### **Fördervoraussetzungen**

- Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden, die über ausschließlich arbeitsplatzbezogene kurzfristige Anpassungsfortbildungen (z.B. Einweisungsschulungen aufgrund technischer Änderungen im Betrieb) hinausgehen,
- Arbeitgeber\*innen zur Durchführung auf Grund bundes- und landesrechtlicher Regelungen nicht verpflichtet sind (z.B. berufsgenossenschaftliche Vorschriften zur Unfallverhütung bzw. zur Hygiene),
- der Erwerb des Berufsabschlusses, für den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist, in der Regel mindestens vier Jahre zurückliegt,
- die/der Arbeitnehmer\*in in den letzten vier Jahren vor Antragsstellung nicht an einer nach dieser Vorschrift (§ 82 SGB III in der ab dem 01.01.2019 geltenden Fassung) geförderten beruflichen Weiterbildung teilgenommen hat,
- die Maßnahme außerhalb des Betriebes oder von einer/einem zugelassenen Träger\*in im Betrieb, dem sie angehören, durchgeführt wird und mehr als 160 Unterrichtseinheiten (siehe Maßnahmebogen) dauert und
- die Maßnahme und die Träger\*in der Maßnahme für die Förderung zugelassen sind.

Leistungen nach § 82 SGB III dürfen grundsätzlich nicht erbracht werden, wenn die berufliche Weiterbildung auf ein nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) förderfähiges Bildungsziel vorbereitet. Dabei ist das Bildungsziel entscheidend, nicht das individuelle Vorliegen der Fördervoraussetzungen. Förderfähig nach dem AFBG sind angestrebte berufliche Abschlüsse über dem Niveau einer Facharbeiter\*innen-, Gesell\*innen- und Gehilf\*innenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses. Eine abgeschlossene Erstausbildung ist Voraussetzung für die Prüfungszulassung nach dem AFBG.

#### **AFBG**

Förderfähig nach dem AFBG sind z.B. folgende Abschlüsse:

- Handwerks- oder Industriemeister\*in
- Techniker\*in
- Fachkaufleute
- Fachkrankenpfleger\*in
- Betriebsinformatiker\*in
- Erzieher\*in
- Programmierer\*in
- Betriebswirt\*in.

Bei Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit Bedrohten ist eine Förderung von Weiterbildungszielen, die nach dem AFBG förderbar sind, weiterhin möglich, sofern dieses notwendig ist, um eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Vor dem Hintergrund des hohen Fachkräftebedarfs auf dem Arbeitsmarkt bedarf es einer gut dokumentierten Begründung durch die IFK für die Förderung einer Aufstiegsfortbildung.

Für die Berechnung der Vierjahresfrist sind der Erwerb des Berufsabschlusses sowie der Tag der Antragstellung bzw. des leistungsbegründenden Ereignisses (Teilnahmebeginn) entscheidend.

#### **Vierjahresfrist**

Beispiel einer Fristberechnung gem. § 82 Nr. 2 SGB III:

Erwerb des Berufsabschlusses (i.d.R. Tag der Bekanntgabe des Ergebnisses durch den Prüfungsausschuss) sowie Tag der Antragstellung der Qualifizierung

- Erwerb Berufsabschluss: 16.01.2016
- Tag der Antragstellung für die Qualifizierung: 14.01.2020
- Teilnahmebeginn für die Qualifizierung: 05.03.2020
- Frist umfasst zurückgerechnet den Zeitraum: 04.03.2020 – 05.03.2016

Diese Fördervoraussetzung gilt auch als erfüllt, wenn kein Berufsabschluss vorhanden ist.

Analog erfolgt die Berechnung für die Prüfung der Fördervoraussetzung, ob die/der Arbeitnehmer\*in in den letzten vier Jahren vor Antragsstellung nicht an einer nach dieser Vorschrift (§ 82 SGB III in der ab dem 01.01.2019 geltenden Fassung) geförderten beruflichen Weiterbildung teilgenommen hat. Diese Vierjahresfrist greift nicht, wenn die Maßnahme aus wichtigem Grund vorzeitig beendet wurde (z.B. Abbruch aus gesundheitlichen Gründen). Ebenso wird keine Wartefrist ausgelöst, wenn eine nicht bestandene Prüfung nachgeholt werden soll.

Der technologische Strukturwandel wird grundsätzlich die Strukturen im Beschäftigungssystem und bei den Anforderungsprofilen für alle Beschäftigte ändern. Es bedarf daher keiner Einzelfallprüfung durch die IFK für diese Beschäftigtenförderung.



### 3. Ermessen

Jobcenter team.arbeit.hamburg hat unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit die für den Einzelfall am besten geeignete Leistung oder Kombination von Leistungen zu wählen.

**Wirtschaftlichkeit/  
Sparsamkeit**

Die Förderung nach §§ 81ff SGB III ist eine Ermessensleistung der aktiven Arbeitsförderung. Das Ermessen bezieht sich sowohl auf die grundsätzliche Entscheidung zur Förderung nach dieser gesetzlichen Grundlage als auch auf die Auswahl und Gestaltung der Leistung im Einzelnen („Kann-Leistung“).

Eine FbW kann nur bewilligt werden, wenn diese gem. § 81 Abs.1 Nr. 1 bzw. Abs. 1a SGB III notwendig ist. Bei Vorliegen dieser Voraussetzungen ist von der IFK dokumentiert zu prüfen, ob und ggf. in welcher Qualifizierungsform unter Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten, beruflichen Erfahrungen und arbeitsmarktlischen Notwendigkeiten eine Förderung der beruflichen Weiterbildung erfolgt.

Daher sind nach umfassender Prüfung des Antrags nicht nur die Ablehnung, sondern auch die Bewilligung einer FbW ausführlich zu begründen.

Der Umfang der Aufwendungen für eine Maßnahme muss zum angestrebten Zweck in einem angemessenen Verhältnis stehen. Wichtig ist dabei, dass nur solche Arbeitsmarktinstrumente bezüglich der Kosten verglichen werden, die eine vergleichbare Wirkung haben.

Andere Ansätze können sein:

- reguläre Ausbildung,
- Maßnahmen bei einer/einem Träger\*in (MAT) (modular, nicht-modular, AVGS- MAT),
- Maßnahmen bei einer/einem Arbeitgeber\*in (MAG),
- Deutschförderung (DeuFöv),
- Anerkennung ausländischer Abschlüsse,
- für Berufstätige: Weiterbildungsbonus, Bildungsprämie.

### 4. Qualifizierungsformen/ -maßnahmen

#### 4.1 Allgemeines

BGS für eine Bildungsmaßnahme, die zu einem Abschluss in einem allgemein anerkannten Ausbildungsberuf führen, dürfen gem. § 180 Abs. 4 SGB III nur ausgestellt werden, wenn die Dauer einer Vollzeitmaßnahme gegenüber einer entsprechenden Berufsausbildung um mindestens ein Drittel der Ausbildungszeit verkürzt ist.

**Grundsatz  
Verkürzungserfordernis**

Das Verkürzungserfordernis gilt für Umschulungen in Teilzeit analog, auch wenn dies § 180 Abs. 4 SGB III nicht explizit zu entnehmen ist, da Erstausbildungen in der Regel in Vollzeit durchgeführt werden.

Bei der Verkürzung muss allerdings die Abhängigkeit von den Unterrichtsstunden in Teilzeit betrachtet werden. Wenn eine Teilzeitmaßnahme im Vergleich zu der 24-



monatigen Vollzeitform mit der gleichen Anzahl der Unterrichtsstunden in 36 Monaten durchgeführt werden soll, liegt eine Verkürzung einer regulären Teilzeitmaßnahme vor.

Mit Wirkung seit dem 01.01.2020 gilt für Ausbildungen nach dem neuen Pflegeberufegesetz (bisherige Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege) eine dauerhafte Ausnahmeregelung hinsichtlich der Verkürzungspflicht in § 180 Abs. 4 SGB III. Das bedeutet, dass seit 2020 die neue Pflegeumschulung unbefristet über die gesamte dreijährige Ausbildungsdauer gefördert werden kann.

**Ausnahme  
Pflegeberufe**

#### **4.2 Gruppen-Umschulung**

Hierbei handelt es sich um eine Maßnahme für eine Gruppe von Teilnehmer\*innen, die bei einer/einem Bildungsträger\*in stattfindet, d.h. die Gesamtverantwortung als „Träger\*in der Umschulung“ obliegt der/dem Bildungsträger\*in. Die Inhalte und die Dauer der Umschulung richten sich nach dem jeweiligen Ausbildungsrahmenplan, wobei die Dauer der Umschulung gegenüber der Erstausbildung um mindestens ein Drittel verkürzt werden muss. Der fachtheoretische Unterricht findet in der Regel bei der/beim Bildungsträger\*in statt, ggf. lässt sich die/der Bildungsträger\*in aber auch von der Berufsschule unterstützen. Die erforderliche fachpraktische Ausbildung findet im Rahmen von betrieblichen Praktika bei verschiedenen Betrieben statt. Die Abschlussprüfung erfolgt durch die jeweils zuständige Stelle (z.B. IHK, HWK).

#### **4.3 Bedarfsreaktive Maßnahmen**

Mit der Förderung von bedarfsreaktiven Maßnahmen (brM) wird speziell den Hamburger Unternehmen die Möglichkeit geboten, notwendiges Fachpersonal, das auf dem aktuellen Arbeitsmarkt nicht vorhanden ist, in zeitlich engem Rahmen passgenau qualifizieren zu lassen. Dabei ist entscheidend, dass bereits mit Beginn der Qualifizierung ein Arbeitsvertrag mit der/dem Arbeitgeber\*in abgeschlossen und im Anschluss an die Maßnahme direkt die Arbeit im Betrieb aufgenommen wird. Die Vorlage einer Absichtserklärung bzw. Einstellungszusage ist nicht ausreichend.

#### **4.4 Externenprüfung**

ELB, die über Berufserfahrung in einem anerkannten Ausbildungsberuf verfügen (mindestens das 1,5-fache der regulären Ausbildungsdauer), aber bisher keinen Abschluss erworben haben, können im Rahmen der Vorbereitung auf die sog. Externenprüfung gefördert werden.

Die Voraussetzungen werden durch die zuständigen Kammern festgelegt. Daher ist die Genehmigung durch die Kammern für die Zulassung zur Prüfung erforderlich.

#### **4.5 Berufsanschlussfähige Teilqualifikationen**

Mit Teilqualifikationen wird schrittweise ein Berufsabschluss erworben. Sie eignen sich besonders in Fällen, in denen die Erlangung eines Berufsabschlusses auf dem herkömmlichen Weg (z.B. Gruppen-Umschulung) nicht erreichbar scheint, z.B. aus finanziellen Gründen. Die jeweiligen Teilqualifikationen müssen konzeptionell immer auf die Gesamtstruktur eines Ausbildungsberufes (mit mindestens zweijähriger

Dauer) ausgerichtet sein. Die Möglichkeit, eine Externenprüfung abzulegen, besteht auch nach der Absolvierung von berufsanschlussfähigen Teilqualifikationen. Weiterführende Informationen zu berufsanschlussfähigen Teilqualifikationen finden sich im BA-Intranet (*SGB III → Förderung → Berufliche Weiterbildung → Medien und Arbeitshilfen*).

#### **4.6 FbW im Einzelfall**

Eine Zulassung im Einzelfall ist nur dann möglich, wenn es sich um eine individuell für eine/n einzelne/n ELB eigens konzipierte Maßnahme handelt und durch die Teilnahme ein anerkannter Berufsabschluss erreicht werden kann. Aufgrund der zahlreichen zugelassenen Maßnahmen ist eine Zulassung im Einzelfall grundsätzlich nicht möglich, wenn vergleichbare von FKS zugelassene Maßnahmen im für die/den ELB erreichbaren Tagespendelbereich von anderen Träger\*innen angeboten werden. Sofern eine Teilnahme außerhalb des Tagespendelbereichs zumutbar oder ohnehin geplant ist, ist auch das zugelassene Angebot an Maßnahmen überregional durch die zuständige IFK zu prüfen.

#### **4.7 Betriebliche Einzelumschulung**

Die Zulassung einer betrieblichen Einzelumschulung bei Arbeitgeber\*innen stellt eine Sonderform der Einzelfallzulassung dar. Diese kann nur durch den Operativen Service (OS) der für die/den Träger\*in zuständigen Agentur für Arbeit erfolgen, die Fachkundigen Stellen werden hier nicht tätig. Die Einzelfallzulassung durch den OS muss zwingend vor Beginn der Maßnahme erfolgen.

Bei der betrieblichen Einzelumschulung gemäß BBiG oder HwO ist grundsätzlich von einem besonderen arbeitsmarktpolitischen Interesse auszugehen. Damit entfällt auch die Verpflichtung der IFK zu prüfen, ob es eine Möglichkeit der Förderung in einer bereits zugelassenen Maßnahme gibt.

Die betriebliche Einzelumschulung ist grundsätzlich nur in anerkannten Ausbildungsberufen möglich. Weiterhin muss die Maßnahme zu einem Beruf führen, für den innerhalb angemessener Zeit nach Maßnahmeende auf dem in Betracht kommenden Arbeitsmarkt nennenswerte Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen.

Da die reguläre Ausbildungszeit bei einer betrieblichen Einzelumschulung verkürzt wird, muss die/der ELB Berufserfahrung vorweisen können. Die Zeiten sind dabei abhängig von den individuellen Vorgaben der jeweils zuständigen Kammern und Innungen bzw. im Berufsbildungsgesetz geregelt.

Zur Unterstützung der Vermittlung einer betrieblichen Umschulung wird die AusbildungsstellenvermittlungPlus (AzubiPlus) des gemeinsamen Arbeitgeber-Services eingeschaltet.

**Einschaltung gAG-S**

Der Betrieb muss zur entsprechenden Ausbildung berechtigt sein.

Betriebliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze dürfen durch die Maßnahme nicht gefährdet werden. Die Teilnahme am obligatorischen Berufsschulunterricht muss gewährleistet sein, da an der Berufsschule die theoretische Ausbildung erfolgt.

**Ausbildungs-  
berechtigung**

Der Betrieb soll aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes eine ortsübliche Aus-  
bildungsvergütung gewähren, da keine wirtschaftlichen Vorteile aus diesen Maß-  
nahmen entstehen sollen. Nur in begründeten Ausnahmefällen (in der Person lie-  
gende Gründe oder Schaffung eines zusätzlichen Ausbildungsplatzes) kann eine  
geringere bis keine Ausbildungsvergütung akzeptiert werden.

**Ausbildungsvergütung**

#### **4.8 Weiterbildungsbonus 2020**

Gefördert werden sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ELB bei kleinen  
und mittelständischen Unternehmen. Zur Zielgruppe dieser jährlichen Förderung  
gehören gering Qualifizierte und Menschen mit geringen Einkommen, auch Selbst-  
ständige können diese Förderung erhalten. Die Förderung beträgt 50 - 100% der  
Weiterbildungskosten und maximal 2.000 € aus Mitteln des Europäischen Sozial-  
fonds (ESF). Der Hamburger Weiterbildungsbonus kann mit einer Stellungnahme  
der Arbeitgeber\*innen beantragt werden oder aber von Arbeitgeber\*innen direkt.  
Der Antrag ist zu stellen bei:

**Förderung durch die  
FHH und den ESF**

zweiP PLAN:PERSONAL GmbH  
Wendenstraße 493  
20537 Hamburg  
[www.weiterbildungsbonus.net](http://www.weiterbildungsbonus.net)

Hinweis:

Ausgeschlossen von der Kostenerstattung sind z.B.

- Kosten für eine medizinisch-psychologische Untersuchung (MPU) sowie  
die Kosten für die Wiedererlangung der Fahrerlaubnis wegen zeitweiligen  
Entzugs,
- Kosten für die Erlangung des „Taxischeins“ oder
- Kosten für eine betriebsübliche Einarbeitung

#### **4.9 Bildungsprämie**

Die Bildungsprämie ist eine Förderung des ESF und des Bundesministeriums für  
Bildung und Forschung. Von möglichen Prämiegutscheinen der Bildungsprämie  
profitieren alle Selbstständigen und Angestellten, die mindestens 15 Stunden in der  
Woche erwerbstätig sind und deren jährlich zu versteuerndes Einkommen maximal  
20.000 € beträgt. Bei steuerlich gemeinsam Veranlagten liegt die Grenze bei  
40.000 €. Auch Menschen in Eltern- oder Pflegezeit können diese Förderung er-  
halten. Mit dem Prämiegutschein der Bildungsprämie wird die Hälfte der anfallen-  
den Kosten für Fortbildungskurse und Prüfungen bis zu 500 € jährlich gefördert.  
Voraussetzung ist, dass die Interessierten (auch ELB) nach vorheriger Terminver-  
einbarung eine Beratung erhalten bei einer der Hamburger Beratungsstellen von  
Weiterbildung Hamburg Service und Beratung gGmbH (WHSB gGmbH):

**Förderung durch den  
Bund und den ESF**

WHSB gGmbH  
Steindamm 91  
20099 Hamburg  
[www.weiterbildung-hamburg.de](http://www.weiterbildung-hamburg.de)

#### **4.10 Sozialpädagogische Begleitung**

Eine sozialpädagogische Begleitung der Teilnehmenden kann die erfolgreiche Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildung unterstützen. Diese Möglichkeit soll zur Vermeidung von Abbrüchen bei Bedarf genutzt werden. Eine Förderung ist über das Vermittlungsbudget im Rahmen eines individuellen Coachings möglich, sofern die sozialpädagogische Begleitung nicht bereits Bestandteil der geförderten Maßnahme ist.

#### **4.11 Umschulungsbegleitende Hilfen (ubH)**

Bei betrieblichen Einzelumschulung kann eine sozialpädagogische Begleitung im Rahmen der umschulungsbegleitenden Hilfen gewährt werden. Für die ubH ist zusätzlich zum BGS für die betriebliche Einzelumschulung ein weiterer BGS auszuhängen. Die Gesamtdauer der ubH und der entsprechende wöchentliche Zeitaufwand richten sich nach den jeweiligen Bedarfen des Einzelfalls, um eine erfolgreiche Teilnahme zu gewährleisten.

#### **4.12 Erster allgemeinbildender Schulabschluss**

Auf die Förderung des Erwerbs des ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses besteht bei Erfüllung der Fördervoraussetzungen ein Rechtsanspruch.

### **5. Weiterbildungskosten**

Die Weiterbildungskosten umfassen die

- Lehrgangskosten und Kosten für die Eignungsfeststellung,
- Fahrkosten für Pendelfahrten,
- Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung und
- Kinderbetreuungskosten.

#### **5.1 Lehrgangskosten**

Zu den Lehrgangskosten zählen alle im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung einer FbW und der Prüfung entstehenden notwendigen Kosten.

Die Kosten sind Gegenstand der Zulassung durch die fachkundigen Stellen. Die erstattungsfähigen Kosten ergeben sich abschließend aus dem Maßnahmebogen (Punkt 11 und 18).

Im Rahmen einer betrieblichen Einzelumschulung gehören ebenfalls zu den Lehrgangskosten die

- Kosten für eine notwendige überbetriebliche Unterweisung und ggf. erforderliche Eignungsfeststellungen,
- Berufsschulgebühren, soweit der/die Teilnehmende nicht kostenfrei am Berufsschulunterricht teilnehmen kann sowie
- Kosten für umschulungsbegleitende Hilfen.

#### **5.2 Übernahme der Lehrgangskosten (§ 82 Abs. 2 SGB III)**

Die Weiterbildungsförderung von Beschäftigten nach § 82 SGB III setzt hingegen voraus, dass sich Arbeitgeber\*innen in angemessenem Umfang an den Lehrgangskosten beteiligen.

Die Lehrgangskosten können in folgendem Umfang übernommen werden:

- 100%: Beschäftigte in Kleinstunternehmen (< 10 Beschäftigte) sowie ältere Beschäftigte (ab dem 45. Lebensjahr) und schwerbehinderte Beschäftigte in kleineren und mittleren Unternehmen (KMU)
- bis zu 50%: Beschäftigte in KMU (zehn bis 249 Beschäftigte)
- bis zu 25%: Beschäftigte in Unternehmen (250 bis 2.500 Beschäftigte)
- bis zu 15%: Beschäftigte in Unternehmen über 2.500 Beschäftigte; bei Vorliegen eines Tarifvertrages/einer Betriebsvereinbarung, durch die betriebsbezogen eine berufliche Weiterbildung vorgesehen ist, bis zu 20%.

Die Entscheidung zur jeweiligen Förderhöhe ist im Rahmen des Ermessens durch die IFK zu begründen und zu dokumentieren.

Informationen zur Betriebsgröße sind im Fachverfahren STEP Betriebe ersichtlich.

Bei der Beurteilung der Beschäftigtenanzahl sind alle Betriebsstätten und verbundenen Unternehmen zu berücksichtigen. Ein Betrieb kann als verbunden angesehen werden, wenn er einem Konzern angehört und dadurch Zugang zu finanziellen und sonstigen Ressourcen hat, die Unternehmen gleicher Größe im Wettbewerb nicht zur Verfügung stehen.

### **5.3 Kosten für die Eignungsfeststellung**

Die Kosten der Eignungsfeststellung sind gemäß § 83 SGB III den Weiterbildungskosten zuzurechnen. Sie sind grundsätzlich in die Gesamtkosten der Maßnahme der beruflichen Weiterbildung einzurechnen. Sofern im Vorfeld darüberhinausgehende Eignungsfeststellungen notwendig sind, können die Kosten gegen Nachweis erstattet werden.

### **5.4 Fahrkosten für Pendelfahrten**

Pendelfahrten sind solche Fahrten, die die/der ELB an Tagen mit Unterricht, praktischer Unterweisung oder zur Teilnahme an einer Prüfung auf den Wegen zwischen

- Wohnung und Bildungsstätte(n),
- auswärtiger Unterbringung und Bildungsstätte(n),
- Arbeitsstelle und Bildungsstätte(n) oder
- einer Bildungsstätte und einer anderen Bildungsstätte

jeweils für eine Hin- und Rückfahrt an einem Tag durchführt.

Fahrkosten werden in Höhe des Betrages zu Grunde gelegt, der bei der Benutzung eines regelmäßig verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittels zu zahlen ist, bei Benutzung sonstiger Verkehrsmittel in Höhe der Wegstreckenentschädigung gemäß § 5 Abs. 1 Bundesreisekostengesetz (20 Cent je Kilometer, maximal 130 € pro Fahrt).

Mögliche Fahrpreisermäßigungen (z.B. Monatskarten, Sozialkarten im Hamburger Verkehrsverbund - HVV -) sind zu berücksichtigen.

Die Sozialkarte ist bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel des HVV an die/den ELB auszuhändigen. Alternativ ist die/der ELB im Sinne der Beratungspflicht nach § 14 SGB I auf die Sozialkarte hinzuweisen.

Kosten für Pendelfahrten werden nur bis zur Höhe des Betrages übernommen, der bei auswärtiger Unterkunft und Verpflegung zu leisten wäre.

Für ELB mit Behinderungen werden Fahrkosten nur insoweit übernommen, soweit sie keinen Anspruch auf unentgeltliche Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel haben.

Finden mehrere Maßnahmeabschnitte im Bereich des HVV in einer kurzen zeitlichen Abfolge oder parallel statt, so sind die Kosten für eine Sozialkarte mindestens für den Großbereich Hamburg bei der Berechnung zugrunde zu legen.

Beispiele:

- Montag Berufsschule, Dienstag und Mittwoch Theorieunterricht, Donnerstag und Freitag Praktikum oder
- Theorieunterricht, parallel dazu Praktikum oder
- Berufsschule, parallel dazu Praktikum.

### **5.5 Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung**

Eine auswärtige Unterbringung ist erforderlich, wenn der/dem ELB nicht zugemutet werden kann, dass sie/er zwischen Wohn- und Maßnahmeort pendelt. § 140 Abs. 4 SGB III ist entsprechend anzuwenden.

Wird die Maßnahme in Abschnitten durchgeführt, sind Kosten für die An- und Abreise für jeden Abschnitt zu übernehmen.

Für jeden vollen Zeitmonat einer auswärtigen Unterbringung sind die Kosten einer Familienheimfahrt (auch für ELB ohne Familie) zu übernehmen. Gleiches gilt für die Fahrt einer/eines Angehörigen zum Aufenthaltsort der/des ELB.

Beispiele:

- Abwesenheit vom Wohnort vom 14.02.20 - 13.01.21 = elf Heimfahrten
- Abwesenheit vom Wohnort vom 14.02.20 – 12.01.21 = zehn Heimfahrten

### **5.6 Kinderbetreuungskosten**

Als Kinderbetreuungskosten gelten u.a. Kindergarten- oder Hortgebühren, Kosten für eine Tagespflegeperson, Mehraufwendungen für die Betreuung bei Nachbarn und ausschließlich anfallende Verpflegungskosten (d.h. ohne Betreuungsanteil) in einer Kindertageseinrichtung. Die Kinderbetreuungskosten können auch übernommen werden, wenn Bildungsträger\*innen selbst geeignete Kinderbetreuungsmöglichkeiten anbieten. Die Kostenerstattung erfolgt auf Nachweis.

Verpflegungskosten sind grundsätzlich keine Kinderbetreuungskosten.

Kinderbetreuungskosten werden je Kind nur einmal gewährt.

Kinderbetreuungskosten für aufsichtsbedürftige Kinder können in der Regel nur bis zur Vollendung ihres 15. Lebensjahres übernommen werden.

Bei Teilmonaten ist für jeden Kalendertag 1/30 der Monatspauschale zu erstatten. Bei Betreuungseinrichtungen (z.B. Kindergarten) ist auch für Teilmonate der volle Monatsbetrag zu zahlen.

Die vor dem 01.08.2019 geltenden Kostensätze sind weiterhin anzuwenden, wenn vor diesem Tag

- der Anspruch entstanden ist,
- die Leistung zuerkannt wurde oder
- die Maßnahme begonnen wurde und die Leistung bis Maßnahmebeginn beantragt worden ist.

## **6. Prämie für Zwischen- und Abschlussprüfungen**

Gemäß § 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. 131a Abs. 3 SGB III können ELB, die an einer nach § 81 SGB III geförderten beruflichen Weiterbildung teilnehmen, welche zu einem Abschluss in einem Ausbildungsberuf führt, für den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist, folgende Prämien erhalten, wenn die Maßnahme vor Ablauf des 31. Dezember 2020 beginnt:

- nach Bestehen einer in diesen Vorschriften geregelten Zwischenprüfung eine Prämie von 1.000 Euro und
- nach Bestehen der Abschlussprüfung eine Prämie von 1.500 Euro.

Maßgeblich ist, dass in den jeweiligen Berufsgesetzen oder Ausbildungsverordnungen eine Prüfung festgelegt ist. Dies ist dem BBiG sowie den jeweiligen Ausbildungsordnungen zu entnehmen. Eine Prämie kann somit lediglich für eine tatsächlich bestandene Prüfung gezahlt werden.

In Berufen mit gestreckter Abschlussprüfung (z.B. im Bereich der industriellen Metall- und Elektroberufe) wird der erste Teil der Abschlussprüfung der Zwischenprüfung gleichgestellt. Eine Übersicht der Berufe mit gestreckter Abschlussprüfung kann dem „Prüferportal“ des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) entnommen werden. Bei Fachschulberufen ist in der Regel keine Zwischenprüfung vorgesehen; hier kann nur das erfolgreiche Bestehen der Abschlussprüfung prämiert werden. Für träger\*inneninterne Leistungsüberprüfungen finden die Prämienregelungen keine Anwendung.

Für Umzuschulende sind Zwischenprüfungen nur dann zwingend erforderlich, wenn sie Teil der Abschlussprüfung sind. Sind Zwischenprüfungen nicht Teil der Abschlussprüfungen, lassen einige Kammern Umzuschulende auf Grund fehlender Prüfungskapazitäten nicht mehr zu Zwischenprüfungen zu. Die ELB sind daher im Rahmen der Beratung darauf hinzuweisen, dass nicht in jeder Umschulung die Teilnahme an einer Zwischenprüfung garantiert werden kann.

Die bestandene Prüfung ist durch die/den ELB dem ILC nachzuweisen, so dass eine Zahlbarmachung der Prämie gewährleistet werden kann. Das offizielle Informationsschreiben mit den Prüfungsergebnissen, welches die/der ELB durch die Handels- oder Handwerkskammer erhält, ist hierzu ausreichend.

## **Zwischenprüfung**



Prämierbar ist auch das erfolgreiche Absolvieren der Externenprüfung nach Teilnahme an einem über die FbW geförderten Vorbereitungslehrgang.

Beschäftigte, die auf der Grundlage des § 82 SGB III gefördert werden, können keine Prämie erhalten.

**Beschäftigte i.S. des § 82 SGB III**

## **7. Verfahren**

### **7.1 Antragstellung**

Das Beratungsgespräch mit der/dem ELB gilt als Antragstellung.

Der Antrag auf berufliche Weiterbildung muss vor dem leistungsbegründenden Ereignis gestellt werden, d.h. vor Eintritt in die Maßnahme. Das Antragsdatum gilt bei der Ausgabe des BGS als Ausgabedatum und bestimmt damit die Gültigkeit des BGS sowie die Laufzeit, in der die Maßnahme angetreten werden muss.

Es sind grundsätzlich auch Eintritte in laufende Maßnahmen möglich, sofern das Bildungsziel erreicht werden kann.

### **7.2 Ausgabe eines BGS**

Nach positiver Prüfung der Fördervoraussetzungen erfolgt immer die Ausgabe eines BGS und des Fragebogens zur Förderung der Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme. Hierzu ist eine COSACH-Buchung erforderlich (siehe COSACH-Klickanleitung in der Förderlandkarte).

**BGS und Fragebogen**

Die Aushändigung eines BGS stellt gegenüber der/dem ELB eine konkrete Zusicherung i.S.d. § 34 SGB X dar. Der BGS ermöglicht es der/dem ELB, im Rahmen des festgestellten Unterstützungsbedarfs selbst nach zugelassenen Maßnahmeträger\*innen, die eine geeignete und zugelassene Maßnahme anbieten, zu suchen.

**Zusicherung**

Bei der Ausgabe des BGS bei Förderungen nach § 82 SGB III ist durch die IFK folgendes zu beachten:

**Besonderheit  
BGS bei Förderungen  
nach § 82 SGB III**

Die anteilige Höhe der Förderung mit Lehrgangskosten (Beteiligung von Arbeitgeber\*innen) ist aktuell nicht im BGS auswählbar. Bei Ausgabe des BGS ist durch die IFK die anteilige Förderhöhe deshalb unter der Rubrik „Bemerkungen“ im BGS zu dokumentieren (s. folgendes Beispiel).

The screenshot shows a form with three sections: 'Rechtsgrundlage:', 'Fördergrundlage: \*', and 'Bemerkung:'. The 'Fördergrundlage: \*' section has two dropdown menus. The first dropdown is set to '30: Förderung nach § 82 SGB III bzw. i.V.m. § 16 SGB II'. The second dropdown is set to '33: Betriebe (250-2.499 Beschäftigte)'. The 'Bemerkung:' section contains a text box with the following text: 'Die Lehrgangskosten werden von Jobcenter team.arbeit.hamburg anteilig in Höhe von 20% übernommen.'

Die anteilige Kostenübernahme durch die Arbeitgeber\*innen sind von der IFK vor Antritt der Maßnahme verbindlich mit diesen einvernehmlich zu klären (siehe auch Punkt 10 „Zusammenarbeit mit dem ILC“).



Aufgrund des Neutralitätsgebotes darf die IFK sich nicht an der Auswahl einer/eines Maßnahmeträger\*in durch die/den ELB beteiligen. Es liegt allein im Ermessen der/des ELB, für welche\*n Träger\*in sie/er sich entscheidet. Der Hinweis auf eine\*n bestimmte Maßnahmeträger\*in oder eine Maßnahme ist unzulässig.

**Neutralitätsgebot**

Informationen zu zertifizierten Maßnahmeträger\*innen und Maßnahmen sind im Hamburger Kursportal WISY oder im KURSNET der Bundesagentur für Arbeit integriert.

**WISY**

Die Gültigkeitsdauer eines BGS ist auf zwei Monate begrenzt. Sie erlischt mit

**Gültigkeitsdauer**

- Wegfall der Fördervoraussetzungen,
- Ablauf der im BGS angegebenen Frist oder
- Wegfall der Hilfebedürftigkeit (§ 7ff).

Mit dem Wegfall der Gültigkeit entfällt die Bindung der Zusicherung.

Da gesetzlich kein konkreter regionaler Gültigkeitsbereich vorgegeben ist, kann dieser individuell festgelegt werden. Wird der regionale Gültigkeitsbereich des BGS beschränkt, ist diese Beschränkung auf dem Gutschein zu vermerken. Die Beschränkung sollte sich an der strategischen Ausrichtung des Integrationsprozesses orientieren und auch die teilnahmebezogenen Kosten (insbesondere Fahrkosten bzw. Kosten für auswärtige Unterbringung) berücksichtigen.

**Regionale Gültigkeit**

### **7.3 Einlösung des BGS**

Bei Rücklauf des BGS ist die von der/dem ELB ausgewählte Maßnahme mit den Konditionen des BGS abzugleichen (Dauer und Dokumentationskennziffer (DKZ) der Maßnahme).

Soweit die DKZ und die Dauer abweichen, ist zu prüfen, ob die im Maßnahmebogen beschriebenen Inhalte dennoch mit dem Bildungsziel und der zuvor durchgeführten Eignungsprüfung übereinstimmen. Ist dies nicht der Fall, ist die Bewilligung der FbW abzulehnen und ggf. ein neuer BGS auszuhändigen.

### **7.4 Dokumentation**

Die einzelnen Prüfkriterien und das konkrete Ergebnis für die Ausgabe eines BGS sind ausführlich in VerBIS von der IFK zu dokumentieren:

**Ausgabe BGS**

- Erfüllung der allgemeinen Voraussetzungen (förderfähiger Personenkreis etc.)
- Erfüllung der individuellen Voraussetzungen (bei Förderungen gem. § 81 SGB III die Notwendigkeit, Beratung der/des ELB und Zulassung der Maßnahme sowie Träger\*in; bei Förderungen gem. § 82 SGB III die Fördervoraussetzungen etc.)
- Eignung der/des ELB für die Förderung (konkrete Indikatoren zum Arbeitsmarkt, Qualifikationsanforderungen der Arbeitgeber\*innen und Eignung benennen, die zu dieser Bewertung führen, Begründung bei Vorliegen weiterer Handlungsbedarfe),
- Wirtschaftlichkeit der FbW (siehe Punkt 3 „Ermessen“),
- Ziel der Maßnahme,
- Dauer der Maßnahme,

- Ausgabe der Unterlagen und
- Hinweis zur freien Träger\*innenwahl.

Die Einlösung des BGS und die Bewilligung der Förderung sind in VerBIS wie folgt **Einlösung BGS** durch die IFK zu dokumentieren:

- Prüfung der Übereinstimmung der Maßnahmeinhalte mit den Konditionen des BGS,
- Begründung bei Abweichungen von DKZ und Dauer der Maßnahme,
- durchgeführte COSACH-Buchung und
- Weiterleitung der Unterlagen an das ILC.

Die Dokumentation durch die IFK muss erfolgen

- in sich schlüssig/widerspruchsfrei,
- vollständig,
- konkret/eindeutig,
- nachvollziehbar,
- datenschutzkonform und wertungsfrei,
- individuell und
- aktuell.

Die Unterbreitung eines Angebots für die Teilnahme an einer FbW ist Teil der Integrationsstrategie. Die Ausgabe des BGS ist gemeinsam mit dem Förderumfang und den Verpflichtungen der/des ELB in die EinV gemäß § 15 aufzunehmen. **EinV**

Mit der Bewilligung der FbW ist eine neue EinV zu schließen. In dieser wird die Teilnahme an der konkreten Bildungsmaßnahme (Bildungsziel, Maßnahmenummer, Träger\*in, Ort, Zeitraum etc.) geregelt.

Bei Förderungen nach § 82 SGB III sind alle Beratungsaktivitäten und Förderungen mit Arbeitgeber\*innen im Rahmen der Beschäftigungsqualifizierung in VerBIS oder STEP mit dem Kürzel „BQ“ zu kennzeichnen. Dies kann entweder in VerBIS im AG-Datensatz innerhalb der Kundenhistorie als Vermerk „Betriebskontakt“ und Betreff „BQ“ (manuell einzutragen) oder optional in STEP im AG-Datensatz als Kontaktvermerk mit Beratungsbereich „AG-S/Großkundenberatung“ und Betreff „BQ“ (manuell einzutragen) erfolgen. **Kennzeichnung VerBIS/STEP bei Förderung nach § 82 SGB III**

## **8. Teilnahme- und Absolventenmanagement**

### **8.1 Grundsatz**

Auf die Arbeitsanleitung Nr. 81 zum „Absolventenmanagement“ wird verwiesen.

### **8.2 Nichtantritt oder Abbruch einer FbW**

Bei Nichtantritt am ersten Tag, Verschiebung oder Stornierung der Maßnahme hat durch die/den Bildungsträger\*in eine unverzügliche Mitteilung an die IFK zu erfolgen. Diese Mitteilung kann formlos (z.B. per E-Mail) erfolgen. Die IFK aktualisiert die Daten in COSACH und informiert das ILC über den Nichtantritt. **Nichtantritt/Abbruch**

Die/Der Bildungsträger\*in hat eine unverzügliche Mitteilung an die IFK zu geben, wenn zum Beispiel

- Änderungen insbesondere zu folgenden leistungsrelevanten Punkten eintreten: Schulungsstätte, Ende, Verteilung der Unterrichts- und Praktikumsabschnitte, Ort des Praktikums,
- ein/e Teilnehmer\*in die Maßnahme abbricht, durch Prüfung vorzeitig beendet oder die Prüfung nicht besteht,
- Fehlzeiten bei einzelnen Teilnehmer\*innen auftreten, unter Angabe der Gründe für die Fehltage sowie
- das Erreichen des Bildungszieles bei einer/m Teilnehmer\*in gefährdet ist.

Es ist Aufgabe der IFK, diese Erkenntnisse rechtlich zu bewerten und zu prüfen, ob das Bildungsziel noch erreicht werden kann, d.h. die/der Teilnehmer\*in die Maßnahme voraussichtlich mit Erfolg abschließen wird. Die Bewertung ist durch die IFK in VerBIS zu dokumentieren.

Gründe können u.a. sein:

- längere Krankheitszeiten,
- erhebliche Fehlzeiten,
- die erbrachten Leistungen lassen einen erfolgreichen Abschluss der Maßnahme nicht erwarten,
- Anlass der/des Teilnehmenden für den Ausschluss aus der Maßnahme durch maßnahmewidriges Verhalten,
- Teilnehmer\*in will Maßnahme nicht mehr besuchen bzw. besucht diese nicht mehr oder
- Abbruch durch Kündigung des Teilnahmevertrages durch die/den Bildungsträger\*in.

Ist das Bildungsziel nicht mehr erreichbar, so ist die Maßnahme durch die IFK vorzeitig zu beenden.

Die/Der Teilnehmer\*in ist vor der beabsichtigten Entscheidung die Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung maßgeblichen Tatsachen zu äußern (§ 24 SGB X). Dieses kann durch die IFK schriftlich oder im persönlichem Gespräch erfolgen. Zusätzlich ist die/der Teilnehmer\*in von der IFK ggf. zum Eintritt einer Sanktion im Rahmen von §§31 ff. SGB II anzuhören.

Für die Entscheidungsfindung durch die IFK wird auch die Kontaktaufnahme mit der/dem Bildungsträger\*in empfohlen, damit die Entscheidung über die Beendigung der Maßnahme grundsätzlich im Einvernehmen mit der/dem Bildungsträger\*in getroffen werden. Abschließend entscheidet die IFK über den Abbruch der Maßnahme sowie den Eintritt einer Sanktion, stellt den letzten Tag der persönlichen Anwesenheit der/des Teilnehmenden fest und dokumentiert dieses in VerBIS.

Mit dem Vordruck „Vermerk über den Abbruch einer Bildungsmaßnahme“ (BK-Vorlagenauswahl: Zentrale Vorlagen → Maßnahmen → FbW → FbW AbbruchVfg BBM SGB II) ist das ILC umgehend per E-AKTE hierüber zu informieren. Ergibt sich im Einzelfall, dass die/der Bildungsträger\*in den Abbruch zu verantworten hat,

ist dieses ebenfalls dem ILC durch die IFK mitzuteilen. Ebenso sind von der IFK die Daten in COSACH (z.B. Maßnahmezeitraum) zu korrigieren.

Das ILC führt das Aufhebungs- und (ggf.) Erstattungsverfahren durch.

### **8.3 „Verlängerung“ bzw. Wiederholung einer FbW**

Grundsätzlich gilt: Nimmt die/der Bildungsträger\*in den Bildungsgutschein an, wird der Maßnahmeverlauf entsprechend der zugelassenen Maßnahme festgelegt und ist damit auch grundsätzlich verbindlich einzuhalten.

**Verlängerung/  
Wiederholung**

Kann der im Rahmen des Bildungsgutscheins vorgesehene Zeitplan wider Erwarten nicht gehalten werden, kann es dafür zwei Ursachen geben:

- träger\*innenbedingte „Verzögerungen“ und Einschränkungen im Maßnahmenablauf (z.B. Unterricht findet nicht wie geplant statt) oder
- teilnahmebedingte Hemmnisse und Ursachen.

Bei Anhaltspunkten für träger\*innenbedingte „Verzögerungen“ und Einschränkungen im Maßnahmenablauf ist immer das Beschwerdemanagement im Team Z211 einzuschalten. Durch dieses Vorgehen kann eine umfangreiche Sachverhaltsklärung ermöglicht werden.

Kann die/der Teilnehmende z.B. wegen erheblichem krankheitsbedingten Ausfalls das Ziel trotz aller Anstrengungen der/des Bildungsträger\*in (absehbar) nicht mehr erreichen, ist zu prüfen:

- Abbruch der Maßnahme (siehe Punkt „Nichtantritt oder Abbruch“)
- „Verlängerung“ (im Sinne einer erneuten Förderung) der Maßnahme, wenn nicht grundsätzliche Zweifel an der Eignung und Motivation bestehen.

Gibt es Zweifel an der Motivation und Eignung von Teilnehmenden, z.B. aufgrund unentschuldigter Fehlzeiten oder erkennbaren Defiziten in den theoretischen und praktischen Ergebnissen während einer Weiterbildung (z.B. Führerscheinausbildung), sollen diese Zweifel durch die IFK aufgeklärt werden. Dabei bietet sich unter anderem die Einschaltung der Fachdienste z.B. für eine Sprachstandfeststellung an.

Entscheidungskriterien für eine erneute Förderung (im Sinne einer „Verlängerung“ einer Maßnahme) können sein:

- Kann der Maßnahmeerfolg ggf. mit der Verlängerung erreicht werden?
- Welche Qualifizierungsanteile stehen noch aus, bzw. sind mit dem Bildungsgutschein bereits in voller Höhe abgegolten (Beispiel: Führerscheinausbildung)?
- Welcher zeitliche Rahmen ist für das Erreichen des Bildungszieles tatsächlich erforderlich?

Zusätzlich entstehende Kosten innerhalb der ursprünglichen Förderdauer (z.B. Kosten für eine Wiederholungsprüfung) können ohne Ausgabe eines neuen BGS übernommen werden.

Die Verlängerung der ursprünglichen Förderdauer erfolgt für den weiteren Maßnahmezeitraum analog des üblichen Verfahrens durch Ausgabe eines neuen BGS.

## **9. Zusammenarbeit mit dem ILC**

### **9.1 Bewilligungen**

Grundsätzlich benötigt das ILC zwecks Erstellung eines Bewilligungsbescheides **ILC** folgende vollständig ausgefüllten Unterlagen:

- von der/dem Träger\*in ausgefüllter BGS
- Erklärungsbogen
- Stellungnahme
- bei Beantragung von KBK einen KITA-Gutschein oder bei privater Kinderbetreuung einen entsprechenden Nachweis
- bei auswärtiger Unterkunft einen entsprechenden Nachweis.

Bei den folgenden Qualifizierungsformen/-maßnahmen sind zusätzliche Unterlagen aus der BK-Vorlagenauswahl (nicht aus COSACH) notwendig:

- Betriebliche Einzelumschulung
  - Vordruck „Erhebungsbogen betriebliche Einzelumschulung SGB II“. Dieser umfasst ein Infoblatt für die/den ELB sowie Arbeitgeber\*innen mit Hinweisen zum Verfahrensablauf einer betrieblichen Einzelumschulung,
  - Vordruck „Bescheinigung über Arbeitgeberleistung“,
  - bei Beschäftigten zusätzlich den Vordruck „Erklärungsbogen beschäftigter Arbeitnehmer“,
  - Kopie Umschulungsvertrag.

Bei der Förderung von Beschäftigten nach § 82 SGB III ist folgende Unterlage aus der BK-Vorlagenauswahl (nicht aus COSACH) notwendig:

- Vordruck „FbW Stellungnahme beschäft. Arbeitnehmer“.

### **9.2 Ablehnungen**

Das ILC erstellt die Ablehnungs- und Teilablehnungsbescheide.

Zur Erstellung eines Ablehnungs- oder Teilablehnungsbescheids ist es erforderlich, dass die IFK dem ILC eine detaillierte und rechtlich begründete Stellungnahme zur Verfügung stellt. Aus der Stellungnahme müssen die Gründe hervorgehen, die zu einer Ablehnung führen sollen.